60 plus
SPD

Die SPD hat sich daher für eine bessere rechtliche und versicherungsrechtliche Stellung des Ehrenamtes eingesetzt. Wir fördern generationsübergreifende Freiwilligendienste sowie die Einrichtung und Stärkung von Seniorenbeiräten.
Wir setzen uns zudem auf kommunaler Ebene, in den Bundesländern und im Bund für einen kontinuierlichen Abbau von Barrieren für Ältere und Behinderte ein. Unser Ziel muss lauten, Wohnhäuser, Ämter, kulturelle Einrichtungen, Angebote im Nah- und Fernverkehr, aber auch Straßen und Plätze barrierefrei zu gestalten. Zudem darf kein älterer Mensch von Mobilität oder kulturellem Angebot auf Grund seines Einkommens ausgeschlossen werden. Teilhabe am öffentlichen Leben muss aus Sicht der AG SPD 60 plus für alle Generationen bezahlbar sein.

KONTAKT AG SPD 60 PLUS
SPD-Parteivorstand, Willy-Brandt-Haus
AG SPD 60 plus
Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin
Fon: 030 - 25991-500
Fax: 030 - 25991-545
Mail: 60plus@spd.de
Internet: www.ag60plus.de

60 plus
SPD

Wir setzen uns energisch gegen jede Form der Diskriminierung zur Wehr. Es waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die auf europäischer Ebene die Antidiskriminierungsrichtlinie mit angestoßen haben, die mittlerweile auch in Deutschland umgesetzt worden ist. Doch auch wenn das Ausmaß damit eingeschränkt wurde: Diskriminierung gibt es auch weiterhin – oft subtil und im Verborgenen. Ältere erleben sie etwa am Arbeitsplatz. Besonders häufig werden Ältere von betrieblichen Weiterbildungsmöglichkeiten ausgeschlossen oder als Arbeitssuchende gar nicht erst zum Vorstellungsgespräch eingeladen, da sich eine Einarbeitung oder Weiterbildung „nicht mehr lohne“. Damit alle Menschen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben können, müssen aus unserer Sicht alle Generationen an einem Strang ziehen und gemeinsam gegen jede Form der Diskriminierung vorgehen.

IMPRESSUM
Herausgeber:
SPD-Parteivorstand, Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin
Druck: Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172, 13437 Berlin
Bestellnummer: 2607340

60 plus
SPD

TEILHABE ERMÖGLICHEN – *ALTERSARMUT VERHINDERN*

www.spd.de

AG60+_Teilhabe.indd 1
16.03.12 10:57

60 plus
SPD

Mehr soziale Sicherheit im Alter sowie Vermeidung und Überwindung von Altersarmut sind schon lange zentrale Themen der Älteren in der SPD. Denn wer ein Leben lang hart gearbeitet und durch Steuern und Abgaben seinen Beitrag zur Sicherung des Sozialstaates erbracht hat, darf im Alter nicht im Regen stehen gelassen werden. Dies muss auch für die kommenden Generationen gelten.

Die Zunahme prekärer, gering entlohnter Beschäftigungsverhältnisse und das Anwachsen von ungesicherten Selbstständigkeiten höhlen unsere sozialen Sicherungssysteme aus. Wir brauchen daher dringend Reformen am Arbeitsmarkt.

Einkommensarmut im Erwerbsleben führt automatisch zur Altersarmut. Dies droht Teilen der Bevölkerung bereits jetzt und erst recht in den kommenden Jahrzehnten.
Reformen am Arbeitsmarkt müssen ergänzt werden durch eine Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung. Wir wollen, dass die Rente den Lebensstandard wieder sichern und Altersarmut nachhaltig verhindern kann. Wir setzen uns für den Umbau der sozialen

60 plus
SPD

Sicherung hin zur Bürgersozialversicherung ein. Mit einer Erwerbstätigenversicherung wollen wir allen Bürgerinnen und Bürgern Schutz durch die gesetzliche Rentenversicherung geben, damit z.B. auch diejenigen eine eigenständige, gute Alterssicherung haben, die heute nicht versichert sind. Voraussetzung für armutsfeste Renten sind existenzsichernde Löhne und eine möglichst ungebrochene Erwerbsbiographie. Deshalb setzen wir uns für flächendeckende Mindestlöhne ein. Wir wollen das Risiko reduzieren, dass langjährig Erwerbstätige im Alter auf die Grundsicherung angewiesen sind.

TEILHABE EIN LEBEN LANG!

Deutschland wäre ohne das ehrenamtliche Engagement von Millionen Freiwilliger kaum vorstellbar. Überproportional oft sind ältere Menschen ehrenamtlich aktiv. Sie sind aktiver Teil einer solidarischen Bürgergesellschaft

60 plus
SPD

und helfen ihren Mitmenschen tagtäglich - egal, ob als Trainer einer Jugendfußballmannschaft, als Unterstützung im Pflegeheim, beim Zubereiten von Mahlzeiten für Obdachlose, als Schularbeitshilfe in einer Freiwilligenagentur oder auch bei der Organisation von ehrenamtlichen Parteiinitiativen.
Unsere Position als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist aber auch stets gewesen, dass diese Unterstützung nicht dazu missbraucht werden darf, unbezahlte Ehrenamtliche als Ersatz für reguläre Arbeitsplätze einzusetzen. Ehrenamtliche Arbeit muss immer unterstützenden, nicht allein tragenden Charakter haben.

Nur zu oft wird das ehrenamtliche Engagement Älterer in der Familie übersehen. Oftmals wären Job und Familie für viele Eltern nicht miteinander vereinbar, wenn nicht etwa die Großeltern ihre Enkel mit betreuten oder sie bei Hausaufgaben unterstützten. Auch hier bedarf es zusätzlicher Unterstützung und Entlastung. Großeltern dürfen nicht Ersatz für eine ungenügende Anzahl an Kindertagesstätten sein oder für ein fehlendes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln herhalten.